

AKREF Gebetsanliegen vom 03.11.2025 bis 16.11.2025



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



Mo, 03.11. Vietnam: Gefangener des Monats November

Der evangelische Christ Rlan Thih (45), der der ethnischen Minderheit der Montagnards angehört, wurde im September 2023 zu acht Jahren Gefängnis und dreijähriger Bewährungsstrafe wegen „Untergrabung der Politik der nationalen Einheit“ verurteilt. Viele christliche Montagnards treten für die Achtung des Rechts auf Religionsfreiheit ein, obwohl angeblich Vietnam als Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit garantiert. Bitte beten Sie für Rlan Thih, dass er seinen Glauben nicht aufgibt und freikommt.

Di, 04.11. Deutschland: Kongress für verfolgte Christen

Weltweit leiden Millionen Christen unter Verfolgung. Doch gerade in dieser Dunkelheit entstehen beeindruckende Geschichten von unerschütterlichem Glauben und Hoffnung. Diese Stimmen möchte der diesjährige Kongress für verfolgte Christen in Schwäbisch Gmünd vom 9. bis 12. November 2025 hörbar machen. Nähere Informationen sowie Anmelde-Details gibt es unter <https://www.schoenblick.de/de/kongress-christenverfolgung-heute>

Mi, 05.11. Nigeria: Angriffe militanter Fulani nehmen zu

Ursprünglich gaben sich die militanten Fulani als wandernde Hirten aus, doch inzwischen haben sie ihre Mordserie ausgeweitet und große Landstriche erobert, vor allem von Christen. Im Bundesstaat Benue wurden in diesem Jahr mehr als 7000 Christen getötet. Trotzdem bilden Christen Fulani-Gläubige aus, um ihr eigenes Volk mit dem Evangelium zu erreichen. Derzeit werden Audio-Bibeln in vielen Fulani-Dialekten verteilt, mit dem Gebet, dass das Evangelium die Netzwerke dieser rücksichtslosen Eindringlinge durchdringen möge.

Do, 06.11. Haiti: Krise im Land spitzt sich zu

Bewaffnete Banden kontrollieren mittlerweile etwa 90 % der Hauptstadt Port-au-Prince und sind in den letzten Monaten auch in die landwirtschaftlichen Regionen vorgedrungen. Die Gewalt hat 1,3 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. „Ärzte ohne Grenzen“ war wegen der anhaltenden Gewalt in der Hauptstadt gezwungen, die Notaufnahme in Port-au-Prince endgültig zu schließen. Derzeit sind mehr als 60 % der Gesundheitseinrichtungen in der Hauptstadt, darunter das Allgemeine Krankenhaus von Haiti, geschlossen oder nicht funktionsfähig. Dennoch gibt es Zeichen von Hoffnung, wo Missionare im Landesinneren Gottes Liebe weitergeben.

Fr, 07.11. Indonesien: Religiöse Diskriminierung

In der Anzeige vom 10. Oktober des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten der Regentschaft Tarakan in der Provinz Nordkalimantan wurde gefordert, dass Bewerber für Stellen als Hausmeister und Sicherheitspersonal Muslime sein müssen, die den Koran rezitieren können. Die Indonesische Christliche Studentenbewegung (GMKI) bezeichnete dies als Verstoß gegen die indonesische Verfassung, die das Recht auf Arbeit ohne Diskriminierung beinhaltet. Diese Stellenanzeige, die Nicht-Muslime diskriminiert, wurde nach den Einwänden geändert. Die indonesische Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen konservativeren islamischen Charakter angenommen.

Sa, 08.11. Pakistan: Mordanschlag auf Pastor

Pastor Kamran Naz überlebte am Sonntagmorgen, 21. September, einen Mordanschlag in Islamabad, der Hauptstadt Pakistans. Er war in Begleitung seiner Mutter mit dem Bus von seinem Wohnort in Gujranwala unterwegs, um einen Gottesdienst in Islamabad zu leiten, als er von zwei unbekannten Bewaffneten angegriffen wurde. Eine Kugel verletzte den Pastor am rechten Bein. Eine zweite Kugel verfehlte knapp seinen Kopf. Die Angreifer flohen anschließend auf einem Motorrad, während einige anwesende Gemeindemitglieder dem Pastor schnell zu Hilfe kamen und den Rettungsdienst alarmierten. Pastor Kamran hatte zuvor die Polizei über zahlreiche Morddrohungen informiert.

So, 09.11. Ägypten: Kirchen genehmigt

Die ägyptische Regierung hat die Zulassung von weiteren 160 Kirchen und kirchlichen Gebäuden genehmigt. Dies ist die 29. Genehmigungsrunde seit Beginn der Arbeit des für den Genehmigungsprozess zuständigen Regierungsausschusses im Jahr 2017. Im Jahr 2018 erlaubte die Regierung Christen bis zum Abschluss des Registrierungsprozesses in nicht lizenzierten Gebäuden zu beten. Zehntausende von Kirchen warten noch immer auf ihre rechtliche Anerkennung. Kleine Hauskirchen, insbesondere solche, die von Konvertiten aus dem Islam besucht werden, arbeiten oft im Verborgenen und sind anfällig für Razzien und Gegenreaktionen der Gemeinschaft.

Mo, 10.11. Nigeria: Blasphemiegesetze

„Diese Gesetze werden oft als Waffe gegen Christen, andere religiöse Minderheiten oder politische Gegner eingesetzt. Sie führen zu unkontrollierter Mob-Gewalt, die meist juristisch nicht geahndet wird. Unsere Projektpartner fühlen sich dadurch zunehmend bedroht“, erklärte der Präsident des Hilfswerks misso, Dirk Bingener, am 19. Oktober in einer Pressemitteilung. Zwischen 1999 und 2002 hatten zwölf Bundesstaaten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung im Norden Nigerias die Scharia-Gesetzgebung eingeführt. Experten schätzen, dass bis zu 18.000 Christen (Stand 2023) im Zusammenhang mit den Blasphemievorwürfen oder entsprechenden Gerüchten getötet worden sind.

Di, 11.11. Nicaragua: Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen

Das Büro des US-Handelsbeauftragten veröffentlichte einen Bericht, in dem es die anhaltenden „Verstöße gegen Arbeitsrechte, Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit“ in Nicaragua hervorhob. Das Regime unterdrückt religiöse Organisationen durch die Zwangsschließung und Beschlagnahmung von Einrichtungen und Eigentum. Dazu gehört die von Jesuiten geführte Universität von Zentralamerika und eine in den USA ansässige Kirche. Das Ortega-Regime geht seit 2019 aggressiv gegen die katholische Kirche vor, nachdem einige Kirchen beschlossen hatten, studentische Demonstranten vor Polizeibrutalität zu schützen.

Mi, 12.11. China: 30 Christen bei Razzia festgenommen

Pastor Jin Mingri wurde in der südlichen Region Guangxi wegen „Verdachts auf illegale Nutzung von Informationsnetzwerken“ festgenommen. Mehrere andere Pastoren, die für die Zion-Kirche – ein Netzwerk inoffizieller Gemeinden – tätig sind, wurden in Shanghai, Peking, Zhejiang, Guangxi, Shandong, Sichuan und Henan festgenommen. Einige kamen frei, aber etwa 20 Pastoren und Kirchenführer befinden sich weiterhin in Haft; mindestens sieben davon droht strafrechtliche Verfolgung. Jin gründete 2007 die „Zion Church“, eine beliebte nicht registrierte Kirche, die auf 1500 Mitglieder anwuchs. 2018 wurden Hunderte gezwungen, die Teilnahme einzustellen. Anstatt zu schrumpfen, wuchs die Mitgliederzahl online rapide an.

Do, 13.11. Sudan: Wachsende Angst unter Christen

In Khartum wurden fünf südsudanesischen Christen während einer Gebetsversammlung verhaftet, darunter war Pastor Peter Perpeny von der Presbyterianischen Kirche. Seine Gemeinde betet in aller Stille, privat und hinter verschlossenen Türen. Anfang 2025 wurden in Madani 19 Christen verhaftet, denen vorgeworfen wurde, Verbindungen zu Rebellengruppen zu haben. In Shendi wurden sieben vertriebene Christen verhaftet und gefoltert. Die Feindseligkeit kommt nicht nur von den Behörden, sondern auch von Online-Extremisten.

Fr, 14.11. Weltweit: Religionsfreiheit

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ist weltweit in mehr als einem Drittel aller Staaten bedroht. Nach einem Bericht von „Kirche in Not“, kommt es in 62 von 196 Staaten zu schwerwiegenden Verletzungen des Rechts auf freie Ausübung des Glaubens. Über 5,4 Milliarden Menschen seien betroffen. In 24 Ländern kommt es zu religiöser Verfolgung, darunter Nordkorea, China, Indien und Nigeria. Haupttriebkraft sind autoritäre Regierungen und religiös motivierte Gewalt. Auch in westlichen Ländern beobachtet das Hilfswerk eine Zunahme christenfeindlicher Übergriffe in Form von Vandalismus gegen Kirchen und tätlicher Angriffe auf Geistliche.

Sa, 15.11. Deutschland: Christenverfolgung – Einsatz der Bundesregierung

Jeder dritte Deutsche ist der Meinung, dass die Bundesregierung mehr für diskriminierte und verfolgte Christen weltweit tun müsste. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere. Bei den 18- bis 29-Jährigen ist es fast jeder Zweite. 2.006 Personen wurden befragt. Wir beten, dass viele in unserem Land ihre Stimme für die Glaubensfreiheit erheben und Gott um Bewahrung und Segen für die weltweite Christenheit bitten.

So, 16.11. Gazastreifen: Christen in palästinensischen Gebieten vor dem Exodus?

Nach dem Ende der Kämpfe im Gazastreifen bleibt die Situation der dort verbliebenen Christen prekär. Die etwa 650 Betroffenen in Gaza und im Westjordanland haben eine unklare Zukunftsperspektive. Hunderte von ihnen harren seit Monaten in zwei Kirchen aus. Vor allem Konvertiten sind unter Druck. Nach einem Bericht von Open Doors ist zu erwarten, dass die meisten Christen den Gazastreifen verlassen. Sie rufen auf zum Gebet, denn Gaza brauche „das Salz und Licht, das von den Kirchen und den Menschen in ihnen ausgeht.“



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz



Redaktion: Paul Murdoch, akref.ead.de

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an: Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Wenn Sie auch die ausführlichen, ebenfalls kostenlosen AKREF

Nachrichten bestellen möchten, können Sie sich auf

akref.ead.de/nachrichten/ dafür registrieren.

Um AKREF Gebetsanliegen per E-Mail zu erhalten, können Sie sich auf akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/ dafür registrieren.